

**epd vom 22.1.2015**

### **Experten uneins über stärkere Polizeipräsenz in Krisengebieten Konferenz kirchlicher Friedensarbeit in Schwerte**

Schwerte/Bonn (epd). Experten aus Politik, Bundeswehr und Polizei haben Forderungen nach einer stärkeren Polizeipräsenz im Ausland kontrovers diskutiert. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Ute Finckh-Krämer sprach sich am Mittwoch in Schwerte für eine Art Bereitschaftspolizei für Auslandseinsätze aus. So sollten die Polizeieinsätze nach dem Prinzip gerechte Polizeiarbeit (Just Policing) zu Lösung von internationalen Konflikten erweitert werden, forderte die Obfrau im Unterausschuss des Bundestages für Zivile Krisenprävention.

Militärische Interventionen hätten bislang selten zu einer Befriedung, sondern in der Regel zu mehr Gewalt geführt. Vielfach habe auch die Diplomatie versagt wie im Fall Syriens, bei dem in der Frühphase noch die Chance für eine diplomatische Lösung bestanden habe, die aber nicht genutzt worden sei. Der Inspekteur der Polizei NRW, Dieter Wiehe, bewertete das „Just Policing“-Konzept hingegen skeptisch. Dabei würde die Polizei die Aufgabe der Soldaten übernehmen und würde stärker bewaffnet werden. Das sei eine andere Polizeiphilosophie, sagte Wiehe und verwies auf die in Deutschland geltende strikte Trennung von Polizei Geheimdiensten und Militär, die sich nach den Erfahrungen des Dritten Reiches bewährt habe. Eine Unterstellung der Polizei unter militärischen Oberbefehl bei Auslandseinsätzen lehnte Wiehe ab. Laut Wiehe sind derzeit insgesamt 154 deutsche Polizisten im Auslandseinsatz, 23 von ihnen aus NRW.

Auch Generalleutnant Rainer Glatz sprach sich gegen eine Aufrüstung der Polizei mit schweren Waffen aus. Bewaffnete Konflikte ließen auch nicht allein militärisch lösen. Konflikte mit internationaler Beteiligung machte es nötig, alle Akteure an der Befriedigung und dem Wiederaufbau des Landes zu beteiligen. Das erfordere ein abgestimmtes Vorgehen. Wenn die Bundeswehr in Kosovo derzeit Polizeiaufgaben übernehme, dann nur deswegen, weil es zu wenig Polizisten gebe und der Aufbau der kosovarischen Polizei noch nicht weit genug fortgeschritten sei.

Der Politikwissenschaftler Steffen Eckhard vom Geschwister-Scholl-Institut der Universität München nannte als wichtiges Kriterium für einen Einsatz nach dem Modell von „Just Policy“, dass die lokalen Regierenden um den Einsatz nachsuchten. Ansonsten komme völkerrechtlich nur ein UN-Mandat in Frage. Jakob Fehr vom deutschen Mennoitischen Friedenskomitee äußerte zwar Verständnis für „die deutsche Haltung“ gegenüber einer möglichen stärkeren Bewaffnung der Polizei. Andere Staaten hätten jedoch eine andere Sichtweise. Er forderte die deutsche Politik auf, an der Entwicklung eines solchen Konzeptes, dass der Polizei eine größere Rolle bei der Konfliktvermeidung einräumt, aktiv mitzuwirken.

Der Friedensbeauftragte des Rates der EKD, Renke Brahm, „Just Policing“ sei ein wichtiger Beitrag in dieser ethischen Diskussion, „daher sollten wir dieses Konzept auf jeden Fall weiterdenken“. Dies solle nicht in jedem Fall als Alternative zu militärischem Handeln erfolgen. Dennoch brauche es in der aktuellen Diskussion auch diese Gedanken.

Auf einer EKD-Konferenz für Friedensarbeit unter dem Titel „In der noch nicht erlösten Welt für Recht und Frieden zu sorgen“ berieten in Schwerte Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Landeskirchen sowie kirchliche Träger der Friedensarbeit.